

**Information zur Verarbeitung personenbezogener Daten durch die Stadt Cottbus/Chósebus im Zusammenhang mit
der „Entgegennahme und Bearbeitung von Notrufen über die europaweit einheitliche Notrufnummer 112
in der Integrierten Regionalleitstelle Lausitz**

gemäß Artikel 12 bis 22 und 34 der Europäischen Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO)

Die vorliegende Information zur Verarbeitung personenbezogener Daten gibt Auskunft über die informationspflichtigen Angaben, die für alle Verarbeitungstätigkeiten der Verantwortlichen zutreffend sind.

1 Kontaktdaten

1.1 Verantwortliche

Verantwortliche für die Datenverarbeitung im Sinne des Art. 4 Nr. 7 DSGVO ist die

Stadt Cottbus/Chósebus, vertreten durch den Oberbürgermeister, Neumarkt 5, 03046 Cottbus, Telefon 0355 - 612 0, E-Mail info@cottbus.de, Internet: www.cottbus.de.

1.2 Funktional zuständige Stelle

Zweckmäßigerweise werden die personenbezogenen Daten durch die nachfolgend bestimmte Stelle innerhalb der Behörde verarbeitet:

Stadtverwaltung Cottbus/Chósebus
Fachbereich Feuerwehr
Dresdener Straße 46, 03050 Cottbus
Telefon: +49 355 632100, E-Mail: poststelle@feuerwehr.cottbus.de

1.3 Datenschutzbeauftragter

Die Verantwortliche hat einen Datenschutzbeauftragten gemäß Art. 37 DSGVO benannt:

Stadt Cottbus/Chósebus, Datenschutzbeauftragte/-r,
Neumarkt 5, 03046 Cottbus, Telefon: 0355 - 612 2126, E-Mail: datenschutz@cottbus.de, Internet: www.cottbus.de/datenschutz

2 Zweckbestimmung und Rechtsgrundlagen

Die Daten werden zu nachfolgend benanntem Zweck erhoben:

Entgegennahme von Notrufen (Notrufdaten), Erfassung der Meldung, Disposition, Alarmierung und Weitergabe notwendiger Informationen an erforderliche Ressourcen, sowie die Dokumentation des Einsatzverlaufs (Einsatzdaten).

Die Rechtsgrundlagen der Verarbeitungstätigkeit bilden:

Artikel 6 Abs. 1 lit. c, e DSGVO, i.V.m. §§ 10 und 17, BbgBKG, sowie §§ 9 und 19 BbgRettG; öffentlich-rechtliche Vereinbarung über die Errichtung und den Betrieb einer Regionalleitstelle für den Rettungsdienst, Brand- und Katastrophenschutz der Landkreise Dahme-Spreewald, Elbe-Elster, Oberspreewald-Lausitz, Spree-Neiße und der kreisfreien Stadt Cottbus/Chósebus.

Zweckänderung (Art. 13 Abs. 3 DSGVO):

- Die Daten sollen zu folgenden anderen Zwecken weiterverarbeitet werden:

- Die Daten können im erforderlichen Fall auch zu Zwecken der Verfolgung von Ordnungswidrigkeiten weiterverarbeitet werden (vgl. Ziffer 10).

Sofern die Verantwortliche Daten zu weiteren als den ursprünglich angegebenen Zwecken weiterverarbeiten möchte, wird die betroffene Person nach den Maßgaben des Art. 13 Abs. 3 DSGVO darüber informiert.

3 Datenerhebung bei Dritten

Grundsätzlich erhebt die Verantwortliche personenbezogene Daten bei der betroffenen Person.

- Die Verantwortliche erhebt ausnahmsweise Daten bei folgenden Dritten (Information nach Art. 14 DSGVO):
keine

Erhebt die Verantwortliche darüber hinaus ausnahmsweise Daten bei Dritten, wird die betroffene Person nach den Maßgaben des Art. 14 DSGVO einschließlich der Quellenangabe informiert.

4 Pflichten zur Bereitstellung personenbezogener Daten

Die Pflicht zur Bereitstellung personenbezogener Daten ergibt sich aus folgenden Regelungen:

gem. § 10 Abs. 2 BbgBKG und Pkt. 2 Leitstellenerlass Brandenburg, zur Alarmierung von Einsatzkräften und –Mittel des Rettungsdienstes, der Feuerwehren bzw. des Katastrophenschutzes ,

gem. § 3 Abs. 2 BbgRettG i.V.m. § 6 Abs. 1 Pkt. 6 BbgDSG, sowie Art. 6 Abs. 1 lit. d i.V.m. Art. 9 Abs. 2 lit. c DSGVO, sowie Reanimationsleitlinien zur unverzüglichen Einleitung lebenserhaltender Maßnahmen durch Ersthelfer,

gem. § 9 Abs. 1 BbgRettG bzw. § 20 Abs. 1 BbgBKG, Pkt. 2 S. 2 Leitstellenerlass Brandenburg zur Weitergabe an zuständige Leitstellen der europaweit einheitlichen Notrufnummer 112 und der nationalen Notrufnummer 110,

gem. § 9 Abs. 2 BbgRettG zur Weitergabe von nicht-lebensbedrohlichen medizinischen Meldungen an den zuständigen kassenärztlichen Bereitschaftsdienst 116 177 der Kassenärztlichen Vereinigung Brandenburg.

gem. der öffentlich-rechtlichen Vereinbarung über die Bildung einer kommunalen Arbeitsgemeinschaft „Technischer Leitstellenverbund Brandenburg“ zwischen den Regionalleitstellen für Rettungsdienst, Brand- und Katastrophenschutz im Land Brandenburg, zur Sicherstellung der Verfügbarkeit bei einem Komplettausfall einer Regionalleitstelle

gem. § 5 Abs. 3 der öffentlich-rechtlichen Vereinbarung zur Errichtung und den Betrieb einer Regionalleitstelle für den

Rettungsdienst, Brand- und Katastrophenschutz der Landkreise Dahme-Spreewald, Elbe-Elster, Oberspreewald-Lausitz, Spree-Neiße und der kreisfreien Stadt Cottbus zur Aufklärung konkreter Sachverhalte des zuständigen Aufgabenträgers

Folge(n) bei Nichtbereitstellung personenbezogener Daten:

Bei Nichtbereitstellung der personenbezogenen Daten können Ersthelfer, die Aufgabenträger und zuständigen Leitstellen ihre gesetzlichen Aufgabenpflicht nicht nachkommen. Im Einzelfall kann die Nichtbereitstellung der personenbezogenen Daten für den/die Betroffene lebensbedrohlich sein.

5 Offenlegung gegenüber Empfängern/Empfängerinnen

Die Verantwortliche legt personenbezogene Daten ausschließlich auf Grundlage gesetzlicher Bestimmungen oder mit Einwilligung der betroffenen Person gegenüber Empfängerinnen oder Empfängern offen.

Die Daten werden nachfolgenden Empfänger/-innen offengelegt:

Interne Empfänger/-innen:

Stadtkasse: Es gelten die für die Zahlungsabwicklung zu treffenden Datenschutzinformationen [\[hier\]](#).

Auftragsverarbeiter/-innen: Zur Abwicklung der Verarbeitungstätigkeit bedient sich die Verantwortliche Dienstleistern, die per Vertrag zur Auftragsverarbeitung an die Weisungen der Verantwortlichen gebunden sind:

Zweckverband Digitale Kommunen Brandenburg

[weitere Auftragsverarbeiter/-innen]

[weitere interne Empfänger/-innen]

Dritte (externe Empfänger/-innen):

kein

Die Daten werden an Drittstaaten/internationale Organisationen übermittelt: keine

Rechtsgrundlagen für die Offenlegung bilden die Dienstleistungs-Luftrettung des Landes Brandenburg.

6 Automatisierte Entscheidungsfindung (Profiling)

Es erfolgt keine personenbezogene automatisierte Entscheidungsfindung (Profiling) bei der Verantwortlichen.

7 Speicherfristen

Die Verantwortliche wird personenbezogene Daten nur so lange speichern, wie dies für die Erreichung des unter Punkt 2 genannten Zwecks erforderlich ist oder gesetzliche Aufbewahrungsfristen eine Speicherung vorschreiben.

Die Speicherung der Daten ist solange erforderlich, wie die gesetzliche Aufbewahrungsfristen gelten und sie frei von Rechten Dritter sind.

Nach Wegfall der Erforderlichkeit gilt folgende Aufbewahrungsfrist:

Für Notrufdaten 6 Monate, beginnend zum ersten Tag des Nachfolgemonats des Erfassungszeitpunkt. Für Einsatzdaten 10 Jahre, beginnend zum 1. Januar des Folgejahrs des Einsatzdatums. gemäß § 17 BbgBKG und § 19 BbgRettG.

8 Betroffenenrechte

Sofern nicht besondere Vorschriften entgegenstehen, werden der betroffenen Person nachfolgende Betroffenenrechte eingeräumt, die (ausgenommen Ziffer 8.5) zweckmäßigerweise bei der unter Ziffer 1.2 oder, sofern diese nicht bekannt ist, bei der unter Ziffer 1.3 benannten Stelle geltend zu machen sind.

8.1 Auskunft, Berichtigung, Löschung, Einschränkung

Jede betroffene Person hat

a) neben dieser allgemeinen und der ergänzenden Informationen zur Verarbeitungstätigkeit nach Art. 15 DSGVO einen individuellen **Auskunftsanspruch** über ihre durch die Verantwortliche verarbeiteten personenbezogenen Daten, insb. über deren Inhalt sowie individuelle Angaben zu den Punkten 2 bis 8 dieser allg. Information,

b) nach Art. 16 DSGVO das Recht, von der Verantwortlichen die **Berichtigung** von unrichtigen oder die **Ergänzung** von unvollständigen personenbezogenen Daten zu verlangen,

c) den Anspruch, die Verantwortliche zur **Löschung** der betreffenden personenbezogenen Daten nach Art. 17 DSGVO aufzufordern und

d) unter den Voraussetzungen des Art. 18 DSGVO das Recht, die **Einschränkung** der Datenverarbeitung zu fordern.

8.2 Widerspruch

Die betroffene Person kann aus Gründen einer besonderen Situation der Verarbeitung ihrer personenbezogenen Daten zur Aufgabenerfüllung nach Art. 6 Abs. 1 Buchstabe e DSGVO widersprechen, sofern die Verantwortliche keine schutzwürdigen Gründe für eine weitere Verarbeitung nachweisen kann.

8.3 Datenübertragbarkeit

Erfolgt die Verarbeitung mithilfe eines automatisierten Verfahrens auf Grundlage einer Einwilligung der betroffenen Person, so kann sie die Bereitstellung ihrer Daten in einem strukturierten, gängigen und maschinenlesbaren Format bei der Stelle unter 1.2 verlangen.

8.4 Widerrufsrecht

Sofern die Verarbeitung von personenbezogenen Daten auf der Einwilligung der betroffenen Person beruht, hat sie das Recht, diese jederzeit mit Wirkung für die Zukunft zu widerrufen. Die betroffene Person wird mit der Einwilligung über das Widerrufsrecht informiert.

8.5 Beschwerderecht

Jede betroffene Person hat das Recht, sich über Verletzungen des Datenschutzrechts bei einer Datenschutz-Aufsichtsbehörde zu beschweren. Für die Verantwortliche zuständig ist:

Land Brandenburg, Landesbeauftragte für den Datenschutz und für das Recht auf Akteneinsicht, Stahnsdorfer Damm 77, 14532 Kleinmachnow, Telefon: +49 (0) 33203 - 356 0, E-Mail: poststelle@lda.brandenburg.de, Web: www.lda.brandenburg.de

9 Benachrichtigung bei Verletzung des Datenschutzes

Bei Verletzung des Datenschutzes erfolgt durch die Verantwortliche eine Meldung an die zuständige Datenschutz-Aufsichtsbehörde. Hat die Verletzung ein hohes Risiko für die persönlichen Rechte und Freiheiten einer natürlichen Person zur Folge, benachrichtigt die Verantwortliche die betroffene Person darüber.

10 Informationen nach § 55 Bundesdatenschutzgesetz (Verfolgung von Ordnungswidrigkeiten)

Verarbeitet die unter Ziffer 1.1 benannte Verantwortliche personenbezogene Daten zu Zwecken der Verfolgung von Ordnungswidrigkeiten, so richtet sich diese nach den Vorschriften des Teils 3 Bundesdatenschutzgesetz (BDSG; vgl. Art. 2 Abs. 2 lit. d DSGVO, § 46 Abs. 1 OWiG, § 500 Abs. 2 StPO):

- a) Zweck: Verfolgung von Ordnungswidrigkeiten
- b) Betroffenenrechte nach § 59 BDSG:
 - a. Auskunftsrecht gemäß § 57 BDSG
 - b. Recht auf Berichtigung, Löschung und Einschränkung gemäß § 58 BDSG
- c) Kontaktdaten
 - a. Verantwortliche: siehe Ziffer 1.1
 - b. Datenschutzbeauftragte/-r: siehe Ziffer 1.3
- d) Beschwerderecht: Es besteht ein Beschwerderecht analog Ziffer 8.5, jedoch in diesen Fällen bei Bundesbeauftragter für Datenschutz und Informationsfreiheit, Graurheindorfer Str. 153, 53117 Bonn, Telefon: 0228-997799 0, Fax: 0228-997799 5550, E-Mail: post-stele@bfdi.bund.de, Internet: www.bfdi.bund.de